



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/ 43 - 21.2.1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

Nachwort zu Düsseldorf	S. 1
Kollets Chancen	S. 3
Aus Anlass eines Hirtenwortes	S. 5
Die SED und der Moskauer Kongress	.

---

## "Mit Arnold für Adenauer"

Von Maria Sevenich, Mäl

"Mit Arnold für Adenauer" - so hiess die Losung der CDU in Nordrhein-Westfalen seit Jahr und Tag. Und es war mehr als ein Schlagwort, es war eine sich immer neu bestätigende Tatsache. Vielleicht ist das manchem nicht so recht bewusst geworden, angesichts der heftigen Anklagen, die man im Düsseldorfer Landtag gegen Kanzler und Bundes-CDU erhob. Das Misstrauen richtete sich eben doch gegen Karl Arnold - als treuen oder sagen wir richtiger: als jederzeit nachgiebigen Gefolgsmann des Kanzlers.

Man sprach es sehr deutlich aus: der Ministerpräsident sei wesensgemäss nicht standfest genug, dem Kanzler und Parteiführer den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen. In's Positive gewendet bestimmt die nämliche Feststellung eine wirkliche Qualität des Herrn Arnold: seine immer zur Versöhnung bereitte, ausgleichende Persönlichkeit. Wenn das Staatsschiff sicheren Kurs hält, in ruhigen Gewässern, mag ein solcher Mann auf der Kommando-Brücke seiner Aufgabe voll gerecht werden. Wenn aber Stürme drohen, die einen harten Willen und die feste Hand am Steuer-erruder fordern, stellt sich die Vertrauensfrage völlig neu.

Karl Arnold hat sich in der Düsseldorfer Debatte erneut auf seine Herkunft aus dem Arbeiterstande berufen; und den Arbeitern Treue gelobt.

Nur, als Mann der Arbeiterschaft stand er in den Anfangszeiten der CDU 1946/47 an Rhein und Ruhr wahrhaft an massgeblicher Stelle. Er hatte echte Macht in seinen Händen. Er bekannte sich damals zu einem "Sozialismus aus christlicher Verantwortung", d.h. zu einer gesellschaftlichen Neuordnung vom Grunde her.

Er forderte mit den christlichen Arbeiterführern u.a. die Überführung der Schwerindustrie in die Gemeinwirtschaft, eine wirkliche Sozialreform, - und die gemeinsame Frontstellung von SPD und CDU gegen alle restaurativen und reaktionären Tendenzen. Es gab damals einen "linken Flügel" der CDU, dessen stärkste Bastionen im Lande des Ministerpräsidenten Karl Arnold waren. Aber als die Bewährungsstunde schlug, als die rechten Kräfte in der CDU/CSU die Führung an sich rissen, aus dem wirklich fortschrittlichen Ahlener Programm eine kapitalistische Restauration machten und frech verkündeten, dies sei durchaus dasselbe, - wo war da der "linke Flügel" mit Karl Arnold? Er kapitulierte, ohne je gekämpft zu haben. Vor Konrad Adenauer und seiner Bürgerblockpolitik.

Wenn einer an erster Stelle berufen gewesen wäre, zu kämpfen; aus dem ursprünglichen programmatischen Ansatz der gesamten CDU das Banner eines um die gesellschaftliche Erneuerung ringenden wirklichen linken Flügels zu gestalten, dann war es Karl Arnold. Aber er unterwarf sich der - von der Sache her - unfasslichen Parole: "Mit Arnold für Adenauer"!

Man denke einen Augenblick darüber nach, welches das politische Schicksal der Bundesrepublik Deutschland geworden wäre, wenn dieser Mann damals zu kämpfen gewusst hätte. Eine CDU, mit dem Willen zur Verwirklichung des Ahlener Programms, in einer Koalition mit der grossen, traditionsreichen Arbeiterpartei, der SPD. Und ein so regiertes Deutschland im Verband der fortschrittlichen demokratischen Kräfte in Europa.

Damals verspielte Karl Arnold sein politisches Schicksal. Um eine Statistenrolle auf der Bühne Konrad Adenauers zu übernehmen. In der Konzeption waren die beiden Männer notwendig Gegenspieler. Dass sie es in entscheidender Stunde nicht wurden, war das Vorspiel zu jener Schlacht von Düsseldorf, die darum durchaus im richtigen Saal geführt wurde.

Hält Frankreichs "Republikanische Front"?

b.v. Paris

Die Formation, die um die Jahreswende unter dem Banner einer Republikanischen Front in den Wahlkampf zog, besteht in erster Linie aus Sozialisten und Radikalen. Bereits als der Sozialist Guy Mollet seine Regierung bildete, wurde in dieser Front ein Riss deutlich. Er wurde übertüncht. Von Zeit zu Zeit fällt die Tünche ab. Dann zeigt sich, dass der Riss inzwischen tiefer geworden ist.

Kein Radikaler, einschliesslich des Vizepräsidenten dieser Partei, Pierre Mendès-France, zweifelt an Mollets Ehrlichkeit und gutem Willen. Kein Radikaler ferner konnte annehmen, dass angesichts der Zersplitterung der Nationalversammlung irgendein Ministerpräsident, gleichviel welcher Färbung, regieren würde, ohne Kompromisse zu schliessen. Guy Mollet hat Kompromisse geschlossen und wird noch entliche schliessen. Die Frage, die sich seine politischen Freunde stellen, lautet daher: Waren sie alle unvermeidlich und werden sie nicht zur Enttäuschung der Wähler führen?

Mollets Sozialprogramm für das europäische Frankreich sieht u.a. mehrere Massnahmen vor, die zweifellos "Geld kosten" werden, z.B. die Einführung eines dreiwöchigen bezahlten Urlaubs für jeden Angestellten und Arbeiter. Die Mehrheit der Radikalen sieht ein, dass solche Massnahmen notwendig sind. Dennoch muss diese Partei der "Radikalsozialisten", eben weil sie weder radikal, noch gar sozialistisch ist, sich aus rein finanzpolitischen Gründen gegen manche der Sozialmassnahmen wenden, und Mendès-France lehnte es daher ab, die Leitung des aus zehn Staatssekretariaten bestehenden Finanz- und Wirtschaftsministeriums zu übernehmen. Dass aber auch der Sozialist Jules Moch diese Stellung nicht antreten wollte, zeigt, dass sogar innerhalb der Sozialistischen Partei Bedenken bestehen.

Dennoch darf man getrost behaupten, dass die Wirtschafts- und Sozialpläne Mollets den Zusammenhalt der Republikanischen Front am wenigsten bedrohen. Eine erheblich stärkere Belastung stellen seine Rücksichtnahmen auf gewisse Wünsche der Volksrepublikaner (MRP) und der Rechten dar. Im Gegensatz zu zahlreichen Mitgliedern seiner Partei und

seiner Fraktion hat Mollet versucht, die Debatte über die Frage der finanziellen Unterstützung privater, d.h. konfessioneller, Schulen, zu umgehen. Er hatte damit schliesslich Erfolg und hat sich so die vorläufige Unterstützung durch das katholische MRP gesichert: Die Konfessionsschulen, die das MRP als "freie Schulen" bezeichnet - frei, weil sie keine Staatsschulen sind! - werden also bis auf weiteres die vor einigen Jahren beschlossene geldliche Unterstützung erhalten. Da die Forderung auf Aufhebung dieser Zahlungen nachträglich auch von der KP gestellt wurde, hat Mollet damit, dass er die Schul-Debatte zurückstellen konnte, bewiesen, dass er keine Neigung zu einer Volksfront entwickelt.

#### Das Hauptproblem bleibt Algier

Den grössten Gegensatz zu ihren eigenen Ideen aber sehen Mollets Kritiker in seinem eigenen Lager in seiner Haltung gegenüber den als nationalistisch bezeichneten französischen Gruppen in Algerien. Mollet habe den Reformen Catroux fallen lassen, als die "Nationalen" gegen diesen 79-jährigen General wüteten; er habe zwar Sozialmassnahmen für die muslimisch-algerische Bevölkerung zugesagt, aber die Forderung nach einem echten politischen Gespräch mit ihr nicht erfüllt. Und er habe so gehandelt, obwohl er selbst weiss, dass die algerische Frage nicht nur eine soziale und wirtschaftliche, sondern in erster Linie eine politische sei. Kurzum, Mollet habe dem Druck nicht standgehalten, der vor dem von der extremen Rechten auf ihn ausgeübt wurde. Tatsache aber ist, dass ein recht bedeutender Teil der Politiker, auf die sich Mollet im Rahmen der Republikanischen Front stützt, die Meinung vertritt, die Planungen des Ministerpräsidenten seien, so ehrlich er es mit seinen Sozialplänen meint, für die Mohammedaner eine Enttäuschung und würden daher ihre Wirkung verfehlen. Wirklich haben die bekannt gewordenen Reaktionen algerischer Politiker gezeigt, dass diese Kritik nicht aus der Luft gegriffen war.

Der Riss in der Republikanischen Front habe sehr sachliche Gründe: Mollet und die Anhänger seiner Politik meinen, man müsse, um eine Regierung der gemässigten Linken am Ruder zu halten, zu gewissen Kompromissen bereit sein; die Kritiker meinen hingegen, sie könnten für manchen dieser Kompromisse nicht die Mitverantwortung tragen. Sie glauben ferner, dass jeder, der der extremen Rechten Konzessionen einräumt oder vor ihren massiven Drohungen zurückweicht - sie machte es sehr deutlich, dass sie nur vorläufig Tomaten als Gaschosse gegen missliebige Politiker verwende - werde von ihr nicht etwa als entgegenkommender, konzilianter Regierungschef angesehen, sondern als Schwächling, den man einschüchtern kann. Mollet ist gewiss kein Schwächling. Er hat seinen moralischen Mut ebenso bewiesen wie seinen physischen. Aber er hat ein Erbe angetreten, um das ihn niemand beneiden wird, und er möchte alles vermeiden, was eine an Bürgerkrieg erinnernde politische Atmosphäre schaffen könnte.

Der "praktische Materialismus" und seine Ursache

sp. Die deutschen katholischen Bischöfe haben in einem Hirtenwort einen ernsten Mahnruf an die Gläubigen gerichtet, sich vom "praktischen Materialismus" abzuwenden. Die Aufforderung kehrt in verschiedenen Wendungen wieder. Sie liegt auf annähernd der gleichen Linie wie mancher Stoßseufzer aus der Brust einiger Bundesminister und auch des Bundeskanzlers selbst, die sich, wie übrigens auch die Bischöfe, gegen den angeblich so verheerend zunehmenden "Neidkomplex" wandten, und seine verschiedenen schädlichen Auswirkungen.

Manches von dem, was bei dieser Gelegenheit gesagt wird, mag zutreffen. Denn natürlich liegt in einer Überbewertung materieller und einer Unterbewertung geistiger und sittlicher Werte eine Gefahr. Aber wo ist sie in erster Linie festzustellen, wenn man von der individuellen Veranlagung, die quer durch alle Schichten läuft, absieht? Und wo hat sie ihren Ursprung?

Zunächst einmal in dem anklagenden Missverhältnis, das seit dem Jahre 1948 für die Verteilung des gewaltig gestiegenen Sozialproduktes bestimmend gewesen ist. Das vielgepriesene "deutsche Wunder" ist im Grunde ein Wunder eines fantastisch schnell gewachsenen übermäßigen Reichtums einer, im Verhältnis zum Volksganzen recht kleinen Schicht. Er wurde in erster Linie durch die Arbeit anderer angehäuft, denen man nun vorwirft, ihr Streben nach einer zeitgemäßen Wohnung, nach einem Wagen oder Kühlschrank, nach einer Reise, die, vermessen genug, auch einmal über die Grenzen des eigenen Landes hinausführt - dies alles sei böser Materialismus und habe seinen Ursprung in einem verwerflichen Neidkomplex. (Wie widerspruchsvoll auch, wenn man bedenkt, dass Anspruch und daraus erwachsende Produktivität die Motoren jeder gut funktionierenden Wirtschaft sind.)

Im Hirtenwort der Bischöfe finden sich freilich auch besondere

Hinweise auf diejenigen, bei denen hauptsächlich die Ansatzpunkte für die gegeißelten Erscheinungen liegen. Es ist von denen die Rede, die ihr privates Jahreseinkommen nach sechsstelligen Zahlen berechnen. Sie werden aufgerufen, Wohnhäuser für kinderreiche Familien auf eigene Rechnung zu bauen. Andere "mit nicht so hohem, aber doch reichlichem Einkommen", werden aufgefordert, bedrängten, kinderreichen Familien wirtschaftlich zu helfen. Das ist alles sehr schön und am Schluss des Briefes findet sich sogar der Warnungsruf "Wehe den Reichen!".

Freilich, die Wahrscheinlichkeit, dass diesem Appell entsprochen wird, ist äusserst gering. Vielleicht sollte man sich in den Kreisen, die diesen Weg zu einer besseren Gerechtigkeit empfehlen, einmal die Frage vorlegen, ob ein anderer nicht mehr Erfolg verspricht. Wir meinen den der Öffentlichen und klaren Distanzierung von einer Regierung (und der sie tragenden Partei), die seit Jahren von einer durchgreifenden Sozialreform spricht und praktisch nichts für sie getan hat, die jene Steuer- und anderen Gesetze schuf, die die horrenden Ungerechtigkeiten in der Verteilung des neuerarbeiteten Wohlstandes in Westdeutschland zur Folge hatten, die sozusagen am laufenden Band für ihren aufgeblähten Verwaltungsapparat Frankpaläste baut, über deren Fassaden und innere Ausstattung auch die verwöhntesten Ausländer nur noch den Kopf schütteln, für deren "Reptilienfonds" doppelt so viel Mittel zur Verfügung stehen, wie zur Unterstützung von Besuchern aus der Sowjetzone durch Fahrkartenverbilligungen - um nur diese wenigen Beispiele anzuführen.

Auch die CDU/CSU hat sich neulich mit dieser Frage befasst. Danach sind an der wachsenden Unzufriedenheit, die zugegeben wird, nicht etwa irgendwelche Mißstände schuld, sondern diejenigen, die darauf aufmerksam machen. Das ist nicht sehr logisch, aber schliesslich der einzige Ausweg, wenn man nicht gewillt ist, jenes aufreizende Missverhältnis, das sich uns täglich aufdrängt, abzustellen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

21.2.1956

### Pankow blickt bestürzt nach Moskau

E.Z. Nichts hat mit Ausnahme der Erschütterung, die der 17. Juni 1953 für die SED mit sich brachte, die Kader der kommunistischen Staatspartei der Sowjetzone mehr durcheinandergebracht als die Entwicklung auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Die Unsicherheit über die Auswirkungen der Beschlüsse des Moskauer Parteitages auf die Satellitenpartei der Zone tritt in der SED-Presse deutlich in Erscheinung. Dass auch für die Zonepartei nach dem Verdammungsurteil über Stalin einschneidende Änderungen unvermeidlich sein werden, ist allgemeine Erkenntnis auch in SED-Funktionärkreisen. Dabei wird es als besonders verhängnisvoll angesehen, dass die bisher auf jedem ZK-Plenum beklagte ideologische Unsicherheit in den Grundorganisationen der SED, die immer wieder zu Abweichungen und Fraktionsbildungen geführt und den "Sozialdemokratismus" innerhalb der Partei Ulbrichts gestärkt hat, durch das Verdammungsurteil über Stalin noch mehr als bisher um sich greifen muss.

Wie falsch Ulbricht und das ZK der SED die Situation im Moskauer Parteiapparat eingeschätzt haben, geht daraus hervor, dass die neue Ausgabe der Zeitschrift "Neuer Weg", des "Organs des ZK der SED für Fragen des Parteaufbaus und des Parteilbens", in einem Leitartikel zum 20. Moskauer Parteitag rückblickend auf die Entwicklung der KPdSU von einer "grandiosen Perspektive Stalins" spricht. Nach der bisher gültigen Praxis erklärt das ZK der SED die "Stimme Stalins als Stimme der Kommunistischen Partei".

Nicht selten stammt der Leitartikel dieser für die leitenden SED-Funktionäre herausgegebenen ZK-Zeitschrift aus der Feder Ulbrichts. Umso verhängnisvoller müssen die Auswirkungen einer solchen grundsätzlichen ZK-Stellungnahme sein, wenn, wie aus dem Munde Nikojans auf dem Moskauer Parteitag, der Kreni selbst das ZK Lügen streift. Für das Prestige des ZK/SED muss der Moskauer Parteitag einen schweren Schlag bedeuten.

Die Bestürzung der SED hat bereits zu praktischen Massnahmen geführt. Die Zirkelarbeit, die sich lt. Beschlüsse des ZK im ersten und zweiten Lehrjahr der Parteschulen mit dem "Kurzem Lohrgang der Geschichte der KPdSU" zu beschäftigen hat, wurde eingestellt, nachdem der Moskauer Parteitag diese "Bibel aller Kommunisten" als Fälscherwerk Stalins in Acht und Bann getan hat. Schon stellt man sich in Ostberliner SED-Kreisen die Frage, ob nicht auch die von Ulbricht nach dem Rezept dieses Stalin-Werkes geschriebene "Geschichte der KPD" ebenso auf den Scheiterhaufen gehört.

Es geht bei einer Analyse der bereits erkennbaren oder auch der möglichen Auswirkungen des Moskauer Parteitages auf die SED keineswegs nur um Prestigefragen. Wie tief die Erschütterung allein durch die Tatsache, dass die "kommunistische Bibel" Stalins jetzt verworfen wird, gehen muss, wird jedem klar, der weiss, dass seit Jahren die breiten Massen der SED-Mitgliedschaft im Sinne dieses Stalinschen Standardwerkes geschult worden sind. Was bisher als höchste Wahrheit galt, ist jetzt als Machwerk, mindestens aber als "einseitige Darstellung" und als Versuch eines Politikers entlarvt worden, seine Alleinherrschaft zu sichern. Die Parallele Stalin - Ulbricht ist auch für das einfachste SED-Mitglied unverkennbar.